

Wahlprüfsteine des Landespflegerats zu den Landtagswahlen

Wie stehen Sie und wie steht Ihre Partei zur Etablierung einer Pflegeberufekammer Mecklenburg-Vorpommern?

Der Errichtung einer Pflegekammer stehen wir offen gegenüber. Bisher werten wir die Erfahrungen anderer Bundesländer aus. Klar ist, dass eine Pflegekammer von den Beschäftigten gewollt und getragen werden muss. Die Interessenvertretung der Beschäftigten im Pflegebereich muss gestärkt werden. Dies wollen wir gemeinsam mit den Gewerkschaften und Berufsverbänden voranbringen.

In welcher Weise werden Sie und wird Ihre Partei in der kommenden Legislaturperiode dafür Sorge tragen, in Mecklenburg-Vorpommern bedarfsgerechte Ausbildungen in den drei Pflegeberufen entsprechend des Pflegeberufegesetzes sicherzustellen?

Dabei

2.1. zur Erlangung eines akademischen Grad im primär qualifizierenden Studium?

2.2. zur Gewährleistung des Wahlrechts gemäß PfbG § 59 Abs.2 und 3 mit dem Berufsabschluss in der Gesundheits- und Kinderkrankenpflege bzw. Altenpflege für die unterschiedlichen Bereiche der ambulanten und stationären Gesundheitslandschaft?

2.3. zur Sicherstellung der fachspezifischen Weiterbildung für Absolvent*innen der generalistischen Ausbildung „Pflegefachfrau/ Pflegefachmann in der Gesundheits- und Kinderkrankenpflege“

Eine gute Aus- und Weiterbildung ist und bleibt unsere Antwort auf einen steigenden Arbeitskräftemangel im Pflege- und Gesundheitsbereich. Unsere Initiativen wie die verstärkte ärztliche Ausbildung von Landeskindern im Rahmen des „Landarztgesetzes“, die kostenfreie Ausbildung in allen Gesundheitsberufen, Stipendien und Unterstützungsprogramme, die Akademisierung bestimmter Berufsbilder, die Erhöhung des Vergütungsniveaus im Öffentlichen Gesundheitsdienst sowie attraktive Rahmenbedingungen, innovative Arbeitsmodelle und Unterstützungsleistungen für neue Fachkräfte vor Ort und vieles mehr werden wir fortführen und ausbauen.

In Mecklenburg-Vorpommern gibt es bereits pflegewissenschaftliche Studiengänge bzw. werden zeitnah eingeführt. In Greifswald wurde der Bachelorstudiengang „Klinische Pflegewissenschaft“ eingerichtet, der im Wintersemester 2021 beginnt. Der Studiengang wird in das neu geschaffene Institut für Pflegewissenschaft und Interprofessionelles Lernen eingebunden.

An der Universität Rostock wird zum Wintersemester 2021 der Pflegestudiengang Intensivpflege mit dem Abschluss Bachelor eingerichtet.

An der Hochschule Neubrandenburg wurde zum Wintersemester 2020 der Studiengang Nursing – berufsanerkanntes Studium zur Pflegefachperson mit dem Abschluss Bachelor eingeführt. Hier wurde auch die Einrichtung eines Skills Lab vom Land finanziert. Mit diesen Ausbildungsmöglichkeiten sollen künftig mehr Fachkräfte ausgebildet werden, die über eine umfangreichere Ausbildung verfügen und zu mehr Autonomie befähigt sind.

Für die Sicherstellung des Wahlrechts der Auszubildenden gemäß PfBG § 59 Abs.2 und 3 werden wir uns konsequent einsetzen. Dazu gehört auch eine auskömmliche Finanzierung der Pflegeschulen.

2.4 Wie und wodurch unterstützen Sie und unterstützt Ihre Partei zur Nachwuchsgewinnung von Pflegefachpersonen die Informations- und Öffentlichkeitskampagne „Mach Karriere als Mensch“ der Ausbildungsoffensive Pflege (2019-2023) im Rahmen der Konzentrierten Aktion Pflege bei der bedarfsgerechten Bereitstellung von Ausbildungsplätzen gemäß Pflegeberufegesetz in den fünf unterschiedlichen Vertiefungseinsätzen der praktischen Ausbildung sowie Schulplätzen zur Gewährleistung des Wahlrechts in der Gesundheits- und Kinderkrankenpflege und Altenpflege an den beruflichen Schulen und adäquaten Bildungsstätten in Mecklenburg-Vorpommern?

Pflege bedeutet in einer immer älter werdenden Gesellschaft viel Kraft, hohe Kosten und oft wenig Zeit. Mehr Personal und eine gut ausgebaute pflegerische Versorgungsstruktur sind dringend notwendig. Das gilt unabhängig davon, ob Menschen ihre Angehörigen zuhause pflegen oder Pflegebedürftige in Pflegeeinrichtungen, Wohngemeinschaften oder ambulant betreut werden.

Pflege braucht ausreichendes Personal. Die bundesweite Informationskampagne des Bundesfamilienministeriums „Mach Karriere als Mensch!“ wollen wir mit einer landeseigenen Fachkräfteoffensive flankieren, um möglichst viele Menschen für den Beruf in der Pflege zu gewinnen. Dabei richten wir unseren Blick nicht nur auf die Menschen hier im Land, sondern auch auf Bürgerinnen und Bürger in Deutschland, der Europäischen Union und darüber hinaus. Wir werden ein Förderprogramm für Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber sowie Auszubildende auflegen, um Anreize zu schaffen, Menschen für den Pflegeberuf zu gewinnen und zu halten. Ebenfalls wollen wir verstärkt die Möglichkeit nutzen, ausgebildete Pflegefachkräfte, die dem Beruf den Rücken gekehrt haben, wieder zu gewinnen.

Pflegerische Leistungen bedürfen der Anerkennung, um für junge Menschen attraktiv zu sein. Es ist aus unserer Sicht nicht hinnehmbar, dass die Pflegekräfte in unserem Land einen niedrigeren Mindestlohn erhalten als ihre Kolleginnen und Kollegen in

den westdeutschen Bundesländern. Wir setzen uns dafür ein, dass alle Pflegekräfte den gleichen Lohn für die gleiche Arbeit erhalten. Gemeinsam mit den Sozialpartnern setzen wir uns für tarifvertragliche Arbeitsbedingungen und den Abbau bürokratischer Hürden ein.

Wie wollen Sie durch Ihre Partei künftig Einfluss nehmen, dass der Landespflegerat Mecklenburg-Vorpommern berufspolitisch und mit seiner entsprechenden Fachexpertise an Gesundheits- und pflegepolitischen Entscheidungen im Land demokratisch beteiligt wird?

Mecklenburg-Vorpommern ist mit Blick auf die älter werdende Bevölkerung auf einen starken und gut aufgestellten Pflegebereich angewiesen. Der Pflegebereich braucht deshalb eine starke Lobby, die die Interessen der Pflegenden gegenüber den Krankenkassen und der Politik offensiv vertritt. Dazu gehören z. B. die Berufsverbände, Gewerkschaften aber auch die Akteure in der Selbstverwaltung.

Die SPD Mecklenburg-Vorpommern sowie die SPD-Landtagsfraktion werden weiterhin für den Landespflegerat ein offenes Ohr haben und wären sehr dankbar, wenn uns der Landespflegerat auch bei kommenden Gesetzesinitiativen mit konstruktiven Hinweisen unterstützt.